

geschickter Weise Plauen angezogen und angefragt, warum wir in gleicher Weise nicht bei Plauen verfahren wären. Plauen ist eine kleine Stadt und wenn sich die Regierung in dem Plaze vergreift, so ist das Unglück nicht so groß; die Entfernung, welche die Schüler zurückzulegen haben, ist nicht so bedeutend. Dresden ist ein Ort, der, wenn man ihn von einem Ende bis zum andern durchschreitet, gleichviel, nach welcher Richtung man sich bewegt, nahezu eine Wegstunde erfordert. Es ist also eine große Verschiedenheit, ob das Gymnasium an die eine Seite der Neustadt oder an die andere gelegt wird, und aus den Gründen, die auch im Deputationsbericht niedergelegt worden sind und die vorzugsweise darauf sich beziehen, das Gymnasium in die Nähe der neu zu erbauenden dritten Brücke zu legen, fand die Deputation Veranlassung, sich mit dem Ministerium in Vernehmen zu setzen und ihm den Wunsch zu erkennen zu geben, dem Holzhof den Vorzug zu geben.

Meine Herren! Von allen Anträgen, die bis jetzt darüber zu Tage gefördert worden sind, hat mir keiner zusagen können und am wenigsten hat mir der Antrag des Herrn Abg. Dr. Panitz gefallen, weil wir ja gar nicht wissen, ob die Stadt Dresden auf das Anerbieten, das wir ihr machen wollen, eingeht. Es liegt ja darüber etwas Bestimmtes gar nicht vor. Eine Verpflichtung der Stadt Dresden möchte eben so wenig daraus herzuleiten sein, da notorisch feststeht, daß in den städtischen Anstalten 33 Procent in den Realschulen, im Gymnasium über 40 Procent Schüler sich befinden, welche nicht aus Dresden stammen. Ich halte ebenso den Grundsatz für sehr bedenklich, den Herr Abg. Ludwig aussprach. Ich bin ganz entgegengesetzter Meinung und vertrete die Ansicht, daß die Volksschule vorzugsweise Sache der Gemeinde sein soll, während sie der Herr Abg. Ludwig dem Staat in die Hände gelegt wissen will. Dagegen meine ich, daß ein Wettstreit bestehen mag bei denjenigen Anstalten, welche für höhere Bildungszwecke theils von den Gemeinden, theils vom Staate zu beschaffen sind. Hier lasse ich zwischen Staat und Gemeinden gern eine Concurrenz walten, die gerade für die Entwicklung der Bildungsanstalten von großem Vortheil sein muß. Es würde ferner auch die Gefahr dabei entstehen, daß, wenn die Gymnasien nur in die Hände der Gemeinden gelegt werden sollten, zunächst die Gemeinden darauf hinausgehen würden, nur solchen ärmeren Schülern Stipendien zu gewähren, welche Angehörige ihrer Stadt wären. Der Staat muß aber die Sache vom allgemeineren Standpunkte aus auffassen; er hat nicht nur für die Kinder der einen Gemeinde zu sorgen, sondern sämtliche Schulen bilden seine Staatsangehörigen und er wird daher bei Bemessung der Höhe des Schulgeldes, bei der Gewährung von Stipendien und Unterstützungen das Rechte eher treffen, als es die Gemeinden zu treffen vermöchten, die immer durch Stadtrath und Stadtverordnete darauf hingewiesen sind, daß zunächst ihre Angehörigen berücksich-

tigt werden. Ich kann also von diesem Standpunkte aus die Errichtung einer Schulanstalt, wie sie hier für Dresden beantragt worden ist, durchaus nicht unangemessen finden und ich kann Ihnen nur empfehlen, dem Deputationsantrage zuzustimmen.

Abg. Uhlmann: Zur thatsächlichen Berichtigung! Ich kann nur den Herrn Vorredner wiederholt darauf aufmerksam machen, daß ich nicht von kleinen Städten gesprochen habe, sondern von mittleren Provinzialstädten, in welche diese Anstalten zu legen wünschenswerther wäre.

Abg. Dr. Panitz: Meine Herren! Es klingt mir sehr sonderbar, wenn heute wiederholt erklärt wird auch von Dresdner Abgeordneten, die Stadt Dresden habe gar kein Interesse an diesem Gymnasium und dergl. mehr. Sie speculiren damit wohl etwas zu sehr auf unsere Vergesslichkeit; ich möchte nur daran erinnern, daß man vor dem Kriege von 1866 bereits von Seiten der Stadt damit umgegangen ist, ein zweites Gymnasium zu errichten, und es ist Thatsache, die Kreuzschule ist überfüllt und nur darum muß ein neues Gymnasium errichtet werden. Freilich, wenn jetzt die Regierung kommt und sagt: wir errichten es, so hat die Stadt Dresden es nicht zu errichten. Nun will ich aber sagen, wie man mit Leipzig verfährt. Wir haben dort eine Realschule, die ist auch überfüllt und hier hat das Ministerium vor nicht langer Zeit dem Rath geschrieben, die Stadt Leipzig habe eine zweite Realschule zu errichten. Das scheint mir doch mit dem jetzigen Vorgehen der Regierung nicht zu harmoniren. Wenn also eine höhere Schule überfüllt ist, so errichtet in Zukunft der Staat eine neue. Das wird sich Leipzig wohl merken. Meine Herren! Wir Leipziger können damit sehr zufrieden sein; wenn Sie heute der Regierung beitreten, das wird in finanzieller Beziehung Leipzig bald sehr zu statten kommen. Dann ist eine halbe Million, die die Stadt Leipzig in der nächsten Zukunft für eine neue Realschule und für ein neues Gymnasium auszugeben hätte, nicht auszugeben; denn ich appellire an Ihre Gerechtigkeit, daß Sie nicht einer Stadt zumuthen, was Sie nicht von der anderen verlangen. Ich will mit meinem Antrage auch weiter nichts, als daß die Stadt Dresden bei Errichtung eines Gymnasiums unterstützt wird, nicht, wie der Regierungskommissar sagt, daß der Staat das Gymnasium errichtet und die Gemeinde es verwaltet; denn daraus wollen wir uns kein Hehl machen, mit 80,000 Thlr. baut man in der heutigen Zeit kein Gymnasium, mit dem Bauplatz kostet ein Gymnasium wenigstens 150,000 Thlr. Daraus machen wir uns kein Hehl; aber wir wollen Dresden nicht jedes Opfer ersparen, wir wollen es nur unterstützen, weil es in seiner finanziellen Lage einer Unterstützung bedarf, und wir unterstützen Dresden, wie andere Gemeinden auch. Der Staat soll die höheren Lehranstalten in den großen Städten nicht selbst errichten, er soll nur unterstützend ein-